

Richtung bestimmen!

Die SPD muss entscheiden, für was und für wen sie steht.

Ein Aufruf von

Andreas Bach, Kai Burmeister, Hans-Joachim Olczyk, Eckhart Seidel und Stefan Stache

Kurze Wahlanalyse

Der Ausgang der Bundestagswahlen ist für die SPD eine historische Niederlage und markiert eine Zäsur in der Geschichte der SPD. Das Zweitstimmenergebnis ging von 16,2 Mio. Stimmen im Jahr 2005 auf knapp 10 Mio. Stimmen zurück. Damit verlor die Partei 40 Prozent ihrer Wählerinnen und Wähler. Alleine 2,1 Mio. Stimmen gingen an das Lager der Nichtwähler/innen verloren. 1,1 Mio. Menschen entschieden sich für Die Linke. Je 0,9 Mio. Menschen stimmten für Bündnis90/Die Grünen und die CDU/CSU, sogar 0,5 Mio. für die FDP. Insgesamt wählten nur noch 23 Prozent der Wähler/innen die SPD – gegenüber 34,2 Prozent im Jahr 2005.

Es fehlte in diesem Wahlkampf nicht an guten Plakaten oder überzeugenden Slogans. Wesentlich für das schlechte Wahlergebnis ist das Glaubwürdigkeitsproblem der SPD. Dies verdeutlichen folgende Themen:

Arbeit: Die SPD ist verantwortlich für die Schaffung eines umfangreichen Niedriglohnssektors: Sie weitete systematisch die Leiharbeit und die 1-Euro Jobs aus. Die SPD ist verantwortlich für die Kürzung des Arbeitslosengeldes auf 12 Monate, auch unter der Berücksichtigung leichter Verbesserungen für ältere Beschäftigte.

Finanzen: Die SPD ließ mit Clement einen Politiker an die Macht, der aktiv eine umfangreiche Deregulierung der Finanzmärkte unterstützte sowie die Unternehmenssteuern und die Einkommenssteuer weiter senkte. Auch die Mehrwertsteuererhöhung trug die SPD mit und stimmte für die Aufnahme der Schuldenbremse in das Grundgesetz.

Soziales: Die SPD hat die Agenda 2010 im vollen Umfang auf den Weg gebracht und die Rente mit 67 eingeführt.

Privatisierung: Die SPD hätte fast die Privatisierung der Bahn im Bundestag ermöglicht.

Bildung: Die sogenannte Föderalismusreform hat die große Ungleichheit der Chancen im deutschen Bildungswesen durch das Kooperationsverbot von Bund und Ländern in der Schulpolitik zementiert.

Krieg: Die SPD hat ihr Image als Anti-Kriegs Partei in Jugoslawien und Afghanistan verloren.

Kurzum: Die SPD war nicht mehr in der Lage, das sozialdemokratische Ziel der sozialen Gerechtigkeit und der friedensorientierten Außenpolitik glaubwürdig zu verkörpern und den gewachsenen Partizipationsansprüchen der Menschen gerecht zu werden..

Die Menschen empfinden es nicht mehr als glaubwürdig, wenn ihre Parteimitglieder im Wahlkampf fortschrittliche Positionen an den Infoständen vertreten, weil die SPD über elf Jahren hinweg eine gegenteilige Politik verfolgte. Bei der SPD-Führungsspitze dieses Wahlkampfes handelte es sich um die Architekten der Agenda 2010, die in der öffentlichen Diskussion vor allem mit den Begriffen „Hartz IV“ und „Rente mit 67“ verbunden ist. Das haben die Wähler/innen nicht vergessen. Die Befürwortung der Bahnprivatisierung, der privaten Altersversorgung und der Deregulierung stehen stellvertretend für neoliberale Grundhaltungen, die weit in die SPD-Spitze hineinreichen. Zwei Drittel der angestammten SPD-Wähler/innen sind Untersuchungen zufolge der Ansicht, die SPD habe mit Hartz IV und der Rente mit 67 ihre Prinzipien aufgegeben.

Zudem besaß die SPD nie eine realistische Strategie, den Kanzler zu stellen. Die Wähler/innen hatten den Eindruck, die SPD ziele nur noch auf die Regierungsbeteiligung, bestenfalls als Juniorpartner in einer großen Koalition oder im Bündnis mit der neoliberalen FDP Westerwelles. Die Aussicht auf diese Machtoption nahm der Sozialdemokratie vollends die programmatische Glaubwürdigkeit und trug dazu bei, dass 2,1 Mio. potentielle SPD-Wähler demobilisiert wurden und nicht zur Wahl gingen. Die SPD ist damit nicht unwesentlich für den Rückgang der Wahlbeteiligung verantwortlich.

Einst galt die SPD als Partei, die etwas von Wirtschaft, von Konjunktursteuerung und aktiver Beschäftigungspolitik verstand. Die SPD war auch eine Anti-Kriegs-Partei. Durch die Politik der letzten elf Jahre haben wir auf diesen Politikfeldern die Meinungsführerschaft verloren.

All dies zeigt: Die Strategie der SPD ist komplett gescheitert. Sie hat im Grunde nicht verstanden, warum sie im Jahr 1998 an die Macht gewählt wurde und, was die Menschen von ihr erwarteten. Sie konnte deshalb auch nicht verstehen, warum sich während ihrer Regierungszeit immer mehr Menschen von ihr abwandten. Aus diesen Gründen braucht die SPD dringend eine Erneuerung. Wir brauchen an der Spitze der Partei Personen, die unsere Forderungen nach einer sozialen Reformpolitik glaubwürdig repräsentieren.

Zur Lage in der Partei

Um die gelebte Demokratie in der SPD ist es schlecht bestellt. Die Mitbestimmung innerhalb der SPD trägt bereits seit der Ära Schröder eher absolutistische Züge. Die Führungsriege betreibt lediglich Politik mit sich selbst und verkündet die Beschlüsse anschließend in den Medien. Es ist praktisch unmöglich, diese Beschlüsse Wochen oder Monate später auf den demokratischen Parteitag abzulehnen. Wer der so vorgegebenen politischen Linie widersprach, wurde massiv unter Druck gesetzt. Auf Parteitagen beschwor man die Einheit der Partei und bedrängte die Delegierten. Kritische Stimmen gerieten zu Feinden der tonangebenden Parteiführung, die den Kritikerinnen und Kritikern vorwarf dem öffentlichen Ansehen der Partei zu schaden. Diese Kultur der Gutsherrenart und Basta-Politik, in der wenige den Kurs bestimmen und jeder Widerspruch gnadenlos ignoriert oder bestraft wird, muss endlich beendet werden! Zu häufig haben auch PR-Agenturen oder externe Beratergremien vorgegeben, welche Themen gesetzt und wie sie kommuniziert werden. Sie und der tonangebende Teil der Partei hielten den berechtigten politischen Unmut, der sich in einer beispiellosen Serie von Wahlniederlagen äußerte, lediglich für ein „Vermittlungsproblem“. Legitimierte Parteigremien und die Basis müssen dagegen die Kärnerarbeit leisten, verlieren jedoch immer mehr an Einfluss.

Trotz der dramatischen Wahlniederlage setzt sich die beschriebene politische Kultur fort: Eine halbe Stunde vor Schließung der Wahllokale beschloss eine Führungsgruppe, dass Frank-Walter Steinmeier in das Amt des SPD-Fraktionsvorsitzenden rücken soll. Wenig später verkündet Steinmeier dies in den Medien. Statt zunächst über die künftige politische Grundrichtung zu diskutieren und anschließend das Personal zu wählen, legte man sich erst auf einen Kandidaten fest, der dann seinen Kurs vorgibt. Dies ist schlicht verrückt. Frank-Walter Steinmeier ist der Mann, aus dessen Kopf die Agenda 2010 stammt. Von ihm stammt die Idee, der Partei die einzige Machtoption bei der vergangenen Bundestagswahl zu nehmen: Nie und nimmer sollte mit der Linkspartei regiert werden. Er hätschelte die Illusion, mit der FDP vielleicht doch zu einer Koalition zu kommen. Mit der Wahl Steinmeiers hat sich die SPD-Fraktion schon zum Start in der Oppositionsrolle Fußfesseln angelegt. Gleich, welche Themen im Bundestag debattiert werden: Die schwarz-gelbe Regierung muss nur wenige Minuten im Archiv graben und ist in der Lage, Steinmeier mit seinen alten Positionen zu konfrontieren. Nur 12 der 144 SPD Abgeordneten haben Steinmeier nicht ihre Stimme gegeben. Die große Mehrheit hat dagegen noch nicht verstanden, dass wir nicht die bisherige Linie fortsetzen können.

Die Partei hat quasi ein ständiges Diskussionsverbot erhalten und sich schließlich auch gefügt, um nicht ständig gegen die Wand zu rennen. Dabei haben wir jedoch zehntausende von aktiven und passiven Mitgliedern verloren, die wir wohl nie wieder zurückgewinnen werden.

Die SPD muss mehr sein als ein Kanzlerwahlverein, der alle Entscheidungen aus der Befürchtung heraus mitträgt und abnickt, eine Führungsperson zu beschädigen, bei den Medien ein schlechtes Bild abzugeben oder die eigene Karriere zu belasten. Aufstrebende oder kritische Genossinnen und Genossen dürfen nicht mundtot gemacht werden, nur damit die Macht der Führungselite dauerhaft gesichert wird! Im Gegenteil, die Partei muss kritische Geister fördern, wenn wir eine Zukunft haben wollen. Von zentraler Bedeutung ist, bei den Entscheidungen alle Altersgruppen zu involvieren. Unsere politische Arbeit muss wieder nah an den Bürgern stattfinden und den Menschen vermehrt Gehör schenken. Dazu gehört auch die weitere Öffnung zu den anderen wichtigen kritisch-engagierten Gruppen unserer Gesellschaft

Wir haben uns in diesem Jahr, trotz Bauchschmerzen durch diese Politik, solidarisch eingereiht, als es darum ging, die neue Parteiführung zu stützen und geschlossen in die Wahlkämpfe zu gehen. Doch die Solidarität mit der Partei an sich muss mehr umfassen als die mit einzelnen Personen oder Strukturen. Die ganze Partei sollte ausgiebig in den Prozess der Erneuerung mit einbezogen und nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Die Neuausrichtung

Nach dem schlechtesten Ergebnis seit dem Zweiten Weltkrieg braucht die SPD eine deutliche inhaltliche und personelle Erneuerung. Ein einfaches „Weiter-so“ darf es nicht geben.

Wir haben massiv an Ansehen verloren, glaubwürdig für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit einzustehen. Hier brauchen wir eine Überprüfung unserer Positionen und unserer politischen Praxis.

Dabei kann das Hamburger Parteiprogramm eine hilfreiche Funktion einnehmen. Unter Kurt Beck mit breiter Beteiligung der Partei entstanden, finden sich dort die Pfeiler der notwendigen politischen Debatten.

Die in der Programmdiskussion kurz geübte offene Diskurspolitik muss wieder Bestandteil der innerparteilichen Kultur werden. Dafür müssen wir alle Strukturen der Partei nutzen. Dort wo innerparteiliche Strukturen auf Kosten der Diskussionsmöglichkeiten zerschlagen wurden, wie z.B. durch die Auflösung der vier Bezirke in NRW, müssen wieder funktionsfähige und übersichtliche Diskussions- und Entscheidungsstrukturen aufgebaut werden.

Wir müssen dabei wieder verstärkt andere gesellschaftliche Gruppen, auch Parteien, in unsere Diskussionen einbeziehen. Sie sind es, die unsere Diskussion befruchten.

Unsere Politik auf der Grundlage des Hamburger Programms kann jedoch nicht mit den gleichen Köpfen vermittelt werden, die persönlich und praktisch das Programm nie vertreten haben, teilweise für eine eher neoliberale Politik stehen und lieber weiter mit der CDU/CSU oder der FDP weitere Koalitionen eingegangen wären.

Wenn die Politik der Agenda 2010 das öffentliche Bild der Partei weiterhin bestimmt, ist eine Wiederprofilierung als Partei der sozialen Gerechtigkeit nicht möglich. Eine Strategie des Schweigens oder des innerparteilichen Burgfriedens zu den negativen Auswirkungen der Agenda 2010 ist der falsche Weg.

Wir brauchen Führungspersonen, die die Realität des Fünf-Parteien-Systems wahrnehmen und für eine andere, für eine linke Machtoption, stehen. Wir brauchen eine öffentliche Distanz zur Agenda Politik. Nur so können enttäuschte SPD Wähler/innen aus dem Lager der Nichtwähler/innen zurück gewonnen werden.

Programmatisch wird es nicht ausreichen, das Regierungsprogramm schlicht fortzuschreiben und die Regierung in Einzelfragen zu kritisieren. Die Sozialdemokratie muss wissen, für was sie steht. Und wichtiger noch, für wen sie steht. Wir brauchen eine ernsthafte Diskussion um die Strategie und Praxis. Es muss gelingen, die SPD als die Partei zu profilieren, die für soziale Gerechtigkeit, biografische Selbstbestimmung und für eine nachhaltige industrielle Entwicklung steht. Die Einkommens- und Vermögensverteilung erfordert eine verteilungspolitische Offensive der SPD.

Wir müssen das gegenseitige Auspielen von Gerechtigkeits- mit Wachstumszielen beenden und deutlich machen: Die Gerechtigkeitslücke in Deutschland hat sich längst zu einer Blockade für die wirtschaftliche Prosperität in diesem Lande entwickelt. Gesellschaftliche Solidarität ist für uns deshalb nicht nur ein Korrektiv unerwünschter Nebenwirkungen einer ansonsten nicht zu beeinflussenden wirtschaftlichen Dynamik. Im Gegenteil: Wir setzen auf die Beteiligung aller Menschen am Arbeitsprozess, wir wollen ihre Kreativität und ihre Erfahrungen wieder nutzbar machen. Kurzum: Wir setzen auf einen „produktiven Sozialstaat“.

Kern dieser Strategie ist einerseits die ökonomische und sozialstaatliche Absicherung individueller Lebensentwürfe. Das beginnt mit guter Bildung. Bildungspolitik muss die Reproduktion sozialer Ungleichheit in die nächste Generation verhindern. Wir wollen den Wunsch nach guter Arbeit befriedigen. Dies setzt gute Arbeitsbedingungen, aber auch Entwicklungs- und auch Karrierechancen voraus. Wir brauchen ein Netz der sozialen Sicherung, das nicht als Bedrohung, sondern als Hilfe wahrgenommen wird, individuelle Ziele auch umsetzen zu können.

Andererseits brauchen wir ein klares Bekenntnis zum Staat als Motor nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung. Die Erfahrungen der letzten 11 Jahre zeigen: wirtschaftliche Prosperität erfordert einen aktiven Staat, dessen Rolle sich nicht auf die der Feuerwehr in Krisenzeiten reduzieren lässt. Es wird daher darum gehen, den Investitionsentscheidungen eines nicht steuerbaren Kasino-Kapitalismus ein Programm der demokratischen Investitionssteuerung entgegen zu setzen, mit welcher sich eine an den Zielen wirtschaftlicher Stabilität und ökologischer Nachhaltigkeit ausgerichtete wirtschaftliche Entwicklung umsetzen lässt.

Die erste Aufgabe des neuen Parteivorstandes besteht in der kritischen Aufarbeitung des Wahlergebnisses. Diese Aufarbeitung muss als offener Diskussionsprozess in der gesamten Breite der Partei organisiert werden und konkrete Ergebnisse bringen. Regionalkonferenzen mit Frontalreden wie in der Vergangenheit bergen dagegen die Gefahr von Alibiveranstaltungen. Zweitens muss der Parteivorstand sich an die Spitze einer Entwicklung stellen, welche die Partei selbst wieder zum Zentrum der politischen Debatten und Entscheidungen macht. Die Fraktion ist nicht der Kopf, sondern der Arm der Partei

Wir wissen: Die Arbeit an der programmatischen und personellen Neuausrichtung wird schwer, aber sie lohnt sich!